

**Kolumbien** Die Zivilbevölkerung organisiert sich zwischen den Fronten von Guerilla und Paramilitärs

# «Wollen nur die Felder bestellen»

Die Bevölkerung von San José de Apartadó im Nordwesten von Kolumbien will das Land nicht dem Krieg überlassen und hat sich zur «Friedensgemeinde» erklärt. Unterstützt wird das gefährvolle Projekt unter anderem auch aus der Schweiz.

Dominique Schärer, InfoSüd

«Wir wollen unsere Felder bestellen und nicht getötet werden. Das ist alles, was wir von der Regierung verlangen», sagt der 29-jährige Bauer Wilson David. Als Vertreter der «Friedensgemeinde» von San José de Apartadó im Nordwesten Kolumbiens reist er kreuz und quer durch ganz Europa, um auf die schwierige Situation aufmerksam zu machen. Seit vor rund einem Jahr bei einem Massaker acht Menschen ermordet wurden, hat die Gemeinde immer wieder Tote zu beklagen. «Trotzdem sind wir nicht bereit, das Land dem Krieg zu überlassen», betont Wilson David. «Ohne unser Friedensprojekt würden wir erst recht von allen Seiten bedroht.»

Seit über vierzig Jahren wird der Bürgerkrieg auf dem Buckel der Zivilbevölkerung ausgetragen – auch in San José de Apartadó. Nach schweren Kämpfen schloss sich die Bevölkerung 1997 zu einer von heute zahlreichen kolumbiani-

schen «Friedensgemeinden» zusammen, um nicht weiter in den Bürgerkrieg verwickelt zu werden.

Die rund 1300 Mitglieder von San José haben sich zur Neutralität gegenüber der Guerilla und den Paramilitärs wie auch der Armee verpflichtet. Denn auch dem Militär werfen das UNO-Hochkommissariat für Menschenrechte und andere Organisationen Menschenrechtsverletzungen vor. Sie kritisieren, trotz dem laufenden Demobilisierungsprozess der Paramilitärs gebe es weiterhin Verbindungen zwischen dem Militär und Paramilitärs.

Seit 1997 wurden laut Angaben der Menschenrechtsorganisation Amnesty International über 150 Mitglieder der «Friedensgemeinde» San José umgebracht. Trotz einer nationalen Untersuchungskommission und einigen laufenden Prozessen wurde bis heute niemand für die Morde verurteilt. Wilson David, der sich seit neun Jahren für seine Bevölkerung einsetzt, sind Müdigkeit und Belastung anzumerken. Drohungen hat er am eigenen Leib erfahren. «Sorgen mache ich mir vor allem um meine Kinder», sagt der Familienvater, der neben den beiden Töchtern auch zwei Kriegswaisen versorgt.

## Ständig in Gefahr

Seit dem Massaker habe sich die Situation verschlechtert. Entgegen den selbst auferlegten Regeln der «Friedensgemeinde» errichtete die Regierung einen Polizeiposten in San José de Apartadó. Darauf siedelte die Gemeinde um und gründete in der Nähe das Dorf San Josecito. «Die ständige Anwesenheit der



Wilson David.

Polizei könnte von der Guerilla als Zusammenarbeit mit der Armee interpretiert werden», begründet Wilson David den Entscheid. Die Gemeinde nämlich hat sich die Regeln auferlegt, keine Waffen zu tragen, keinen Handel mit bewaffneten Akteuren zu treiben und ihnen keinerlei Informationen weiterzugeben.

## Unterschiedliche Sichtweisen

Friedensgemeinden wie jene von San Josecito werden von internationalen Organisationen begleitet. Rege sind auch die Kontakte zur Schweiz: So nahmen bisher neun Schweizer als Menschenrechtsbeobachter in San José de Apartadó am Kolumbien-Programm der Schweizer Sektion von Peace Brigades International teil, das auch vom Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) gefördert wird. Die Gemeinde wird von verschiedenen Schweizer Nichtregierungsorganisationen, darunter die Arbeitsgruppe Schweiz – Kolumbien und Amnesty International, unterstützt.

«Die Regierung schützt die Friedensgemeinde nicht genug», kritisiert die Amnesty-Spezialistin Marta Fotsch. Im

Urteil der Interamerikanischen Menschenrechtskommission zum Fall von San José de Apartadó werde von der kolumbianischen Regierung verlangt, die Friedensgemeinde bei der Wahl der Schutzmassnahmen einzubeziehen, was die Regierung allerdings nicht einhalte. Regierungsvertreter hätten die Gemeinde sogar öffentlich in die Nähe der Guerilla gerückt und auf diese Weise einem enormen Sicherheitsrisiko ausgesetzt.

## Schutz der Gemeinden

Amnesty International fordert vor den Wahlen Ende Mai alle Präsidentschaftskandidaten auf, klare Zeichen zum Schutz der Friedensgemeinden zu setzen. Als erfreulich bewertet Marta Fotsch, dass die Staatsanwaltschaft zum Massaker vom Februar 2005 erst kürzlich eine disziplinarische Untersuchung gegen Angehörige der Sicherheitskräfte eingeleitet habe.

«Die Regierung tut alles, um die Morde aufzuklären und die Gemeinde zu schützen», sagt Elena Echavarría, Kolumbiens Botschafterin in der Schweiz. Sie verweist auf über 120 Fälle, mit denen sich die Untersuchungskommission befasse.

Die Friedensgemeinde müsse aber mit den Behörden zusammenarbeiten, etwa bei Auskunft und Zutritt. «Es ist wichtig, dass die Friedensgemeinde das Vertrauen in die Behörden wieder findet», betont die Botschafterin.

Der in Genf wohnhafte kolumbianische Regisseur Juan José Lozano hat die Situation von San José im Dokumentarfilm «Hasta la última piedra – Bis auf den letzten Stein» aufgezeichnet.

IKRK

## Kellenberger übt Kritik an den USA

Die USA geben dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) weiterhin keinen Zutritt zu allen inhaftierten ausländischen Terrorismus-Verdächtigen. Nach Gesprächen unter anderem mit US-Aussenministerin Condoleezza Rice und Verteidigungsminister Donald Rumsfeld bedauerte IKRK-Präsident Jakob Kellenberger die mangelnden Fortschritte in der Frage der geheimen Gefangenen. «Ungeachtet davon, wie legitim die Gründe sein mögen, aus denen Personen gefangen gehalten werden, besteht kein Recht dazu, den Verbleib dieser Personen geheim zu halten oder zu bestreiten, dass sie gefangen gehalten werden», so Kellenberger. (sda)

## Bundesstrafgericht

### Kooperation mit dem FBI war zulässig

Laut Bundesstrafgericht ist nicht zu beanstanden, dass die Bundesanwaltschaft dem FBI Einsicht in die Akten zu einem Terrorfinanzierungs-Verfahren gegeben hat. Die Richter in Bellinzona sehen keinen Anlass für aufsichtsrechtliche Massnahmen. In Anbetracht der Bedeutung der Untersuchungen im Zusammenhang mit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 sei es rechtens gewesen, dass die Bundesanwaltschaft alle Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit den USA ausgeschöpft habe.

Die Bundesanwaltschaft hatte dem US-Bundeskriminalamt im April 2002 Einsicht in die Akten des Verfahrens zur angeblichen Terrorfinanzierung durch die Al-Taqwa-Bank gewährt. (sda)